

Name Prof. Dr. Wolfgang Stoll
Organisation Institut für industrielle Umweltfragen
Ihre Interessen-/ Tätigkeits-schwerpunkte Beratung in Energie- und
Umweltfragen
Ansprechpartner Siehe oben !
E-Mail liu-hu@foni.net
Telefon +49-6181-83116
Telefax +49-6181-83903
Anschrift Ameliastrasse 25 , D-63452 Hanau

Um der Kommission eine effiziente und rasche Bearbeitung der Stellungnahmen zu ermöglichen, wird darum gebeten, sie im Anschluss an die Frage(n) aufzuführen, deren Thema dem Gegenstand der Stellungnahme am ehesten entspricht.

1. Kann sich die Europäische Union eine zunehmende Abhängigkeit von der externen Versorgung mit Energieträgern leisten, ohne damit die angestrebte Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden? Auf welche Energiequellen sollte eine richtungweisende Einfuhrpolitik gegebenenfalls ausgerichtet werden? Sollte dabei wirtschaftlichen Kriterien (Energieträgerkosten) oder geopolitischen Kriterien (Gefahr der Versorgungsblockade) Vorrang gegeben werden?[PARA]Stellungnahme:[PARA]Im Rahmen der weltwirtschaftlichen Verknüpfung sind Abhängigkeiten unvermeidlich. Das gilt vor allem für Erdöl. Um wenigstens die Grundbedürfnisse zu sichern, ist der Ausbau import-unabhängiger, aber auch wettbewerbsfähiger Energieträger nötig. Regenerative Energieträger, wie Wind und Sonne werden derzeit überbewertet, sowohl was die Kosten , wie auch den Umweltverbrauch und die Ungleichzeitigkeit von Verbrauch und Darbietung angeht. Auf heimische Kohle wird man auf absehbare Zeit nicht ganz verzichten können. Ein moderater Ausbau der Kernenergie, vor allem zur Grundlastsicherung, ist daneben aber unausweichlich.
2. Erfordert die Vollendung des europäischen Binnenmarkts, in dem die Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten sich auf die anderen Mitgliedstaaten auswirken, nicht doch eine stimmige, koordinierte Gemeinschaftspolitik? Welches sollten die Grundzüge einer solchen Politik sein und welchen Stellenwert sollten die Wettbewerbsregeln erhalten?[PARA]Stellungnahme: Längerfristig führt kein Weg daran vorbei, dass Energie, soweit sie transportiert und verteilt werden kann, an den dafür günstigsten Standorten erzeugt wird. Dafür dürfen Ländergrenzen und historische Versorgungsprivilegien für bestimmt geographisch abgegrenzte Gebiet nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Das gilt allerdings auch für Großerzeuger, wie z.B. die EDF.[PARA]Entscheidend für die Akzeptanz ist neben er Versorgung aber auch die Entsorgung. Geologische Formationen, die sich für Entsorgung von Abfällen aus der Energieerzeugung eignen, müssen Europa-weit gesucht und bereitgestellt werden, wobei der örtliche Widerstand gegen Deponien durch kompensierende Begünstigungen, die alle Energieverbraucher tragen, abgebaut werden sollte. Diese Lasten müssen auch in die Wettbewerbsregeln einfließen.
3. Behindern die einzelstaatlichen Steuer- und Beihilfepolitiken im Energiesektor den Wettbewerb in der Europäischen Union oder nicht? Sollte angesichts der gescheiterten Versuche zur Harmonisierung der indirekten Steuern nicht doch besser ein Überdenken der Besteuerung von Energieträgern vorgenommen werden, vor allem im Hinblick auf die energie- und umweltpolitischen Ziele? [PARA]Stellungnahme: Besteuerung von Energieträgern schädigt das Wettbewerbspotential der Europäischen Wirtschaft und sollte möglichst nicht als fiskalpolitischer Selbstzweck beibehalten werden. Steuern können allenfalls zielgerichtet, d.h. zur Absicherung von Bevorratungskosten (Erdölreserven) und zur Kompensation nachgewiesener, aber nicht nur vermuteter Schäden an der Natur erhoben werden.
4. Welche Aspekte sollen die im Rahmen eines ständigen Dialogs mit den

Erzeugerländern abgeschlossenen Übereinkünfte über Versorgung und Investitionsförderung im Einzelnen regeln? Angesichts der Bedeutung, der insbesondere der Partnerschaft mit Russland zukommt, lautet die Frage: Wie ist die Stabilität der Mengen, Preise und Investitionen sicherzustellen?

[PARA]Stellungnahme:[PARA]Investitionsförderung innerhalb, besonders aber außerhalb der EU sollte Zuschüsse an Mindestzusagen für Versorgung in Engpasszeiten und entsprechende Preisobergrenzen voraussetzen. Daß Umweltstandards ebenfalls zugesagt werden müssen, ist selbstverständlich. Es können aber nicht alle Länder, hier insbesondere die Ost-staaten ohne Ansehen ihrer wirtschaftlichen Situation und ohne zeitlichen Übergang auf den rigorosesten Standard innerhalb der EU festgelegt werden.

5. Soll die Bildung von Reserven, wie sie für Erdöl bereits bestehen, ausgebaut und auf andere Energieträger, wie Gas oder Kohle, ausgeweitet werden? Welche Ziele sollte eine stärker gemeinschaftlich ausgerichtete Bestandsbewirtschaftung verfolgen? Rechtfertigt die Gefahr einer angebotsseitigen Unterbrechung der Versorgung mit Energieträgern den Rückgriff auf kostspieligere Energieträger? [PARA]Stellungnahme: in Grenzen und zur Absicherung und zur Spitzenlast-versorgung : ja. Siehe Stellungnahme zu 3.

6. Wie können die Energietransportnetze in der Union und in ihren Nachbarländern so ausgebaut und verbessert werden, dass sowohl den Erfordernissen des guten Funktionierens des Binnenmarkts als auch der Versorgungssicherheit Rechnung getragen wird? [PARA]Stellungnahme: Für elektrische Energie gibt es Höchstspannungsnetze, die sich bewährt haben. Erdgaspipelines sind ebenfalls Stand der Technik. Die EVU in der Gemeinschaft kennen die Transfer-Engpässe und arbeiten auch an ihrer Beseitigung. Die Kommission muß aber dafür sorgen, dass Versorgungsinvasionen starker Versorger unter dem Deckmantel der überregionalen Versorgungssicherheit unterbleiben.

7. Die Erschließung bestimmter erneuerbarer Energiequellen erfordert beträchtliche Anstrengungen im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung sowie Investitions- bzw. Betriebsbeihilfen. Wäre nicht eine Quersubventionierung durch Sektoren angebracht, deren Entwicklung erhebliche Fördermittel verschlungen hat, die aber mittlerweile hochrentabel sind (Gas, Erdöl, Kernkraft)? [PARA]Stellungnahme: Subventionen sind nur dann vertretbar, wenn abzusehen ist, dass die subventionierte Energiequelle sich in absehbarer Zeit auf dem Markt durchsetzen wird. Es kann nachgewiesen werden, dass so z.B. die Fördermittel, die in die Kernenergie geflossen sind, sich schon nach 2 Dekaden über die gesenkten Energiekosten amortisiert haben. Quersubventionen verschleiern nur die Energiepreisbildung. Vor allem für Solar- und Windenergie, die auf absehbare Zeit in Mitteleuropa nicht wirtschaftlich werden können, sind Subventionen allenfalls publikumsgefälliges Mäzenatentum.

8. Wie kann die Europäische Union angesichts der Tatsache, dass die Kernenergie bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Sicherung der Energieversorgung eine Rolle spielt, zur Lösung der Problematik der nuklearen Abfälle, zur Verstärkung der nuklearen Sicherheit sowie zu Forschungsarbeiten im Hinblick auf die Reaktoren der Zukunft, insbesondere im Bereich der Kernfusion, beitragen? [PARA]Stellungnahme: Mit dem EPR, den Frankreich und Deutschland gemeinsam verfolgen, kann auch der Maximalstörfall auf das Reaktorgebäude begrenzt werden. Es sollten keine Kernkraftwerksstandorte, an denen die Anwohner solche Anlagen seit vielen Jahren tolerieren, aufgegeben werden. Neue Kernkraftwerke sollten dem Sicherheitsstandard des EPR entsprechen. Man muß erkennen - und auch öffentlich deutlich machen - dass die Argumente, die von den Gegnern gegen den geschlossenen Brennstoffkreislauf vorgebracht werden, gerade die umweltschonenden und noch besser sichernden Lösungen verbauen, um die Kernenergie als Ganzes zu verteufeln. Will man die Zeiten, in denen man den nuklearen "Abfall" endlagern muß, entscheidend verkürzen, so ist die Plutonium-rückführung in bestehende Kernkraftwerke der erste, entscheidende

Schritt, den konsequent nur Frankreich geht. Wollte man die Menge an radioaktiven Spaltprodukten pro erzeugte kWh entscheidend mindern, so sind schnelle Reaktoren die einfachste Lösung. Es ist nicht sinnvoll, sich in puristische Lösungen, wie Beschleuniger-getriebene Reaktoren oder die Kernfusion zu versteigen, solange die bestehenden Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind.

9. Welche Strategien ermöglichen es der Europäischen Union, ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen? Welche Maßnahmen könnten getroffen werden, um das Potenzial der Energieeinsparungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und damit sowohl unsere Einfuhrabhängigkeit als auch unseren CO₂-Ausstoß zu verringern?

[PARA]Stellungnahme: Nur die Förderung CO₂ unabhängiger, wirtschaftlich tragbarer Energieerzeugung hilft hier weiter. Kernenergie ist die günstigste Option.

10. Ist es akzeptabel, dass ein ehrgeiziges Programm, mit dem der Anteil von Biokraftstoffen und anderen Ersatzkraftstoffen, einschließlich Wasserstoff, bis zum Jahre 2020 auf 20% des Kraftstoffgesamtverbrauchs gesteigert werden soll, weiterhin von nationalen Programmen abhängig ist, oder erfordert es eine koordinierte Beschlussfassung über Fragen der Besteuerung, der Vermarktung und der Perspektiven der landwirtschaftlichen Erzeugung? [PARA]Stellungnahme: Biokraftstoffe haben so erhebliche negative Umweltauswirkungen bei ihrer Erzeugung, dass sie vom Markt genommen werden sollten. Wasserstoff- wenn er denn überhaupt marktfähig werden sollte, kann kostengünstig neben der billigsten Variante, aus Erdöl, was umweltpolitisch nicht gewollt werden kann, allenfalls aus Nachtstrom von Grundlastkraftwerken, hier wieder billigem Kernkraftstrom, erzeugt werden. Einführungshilfen mögen begrenzten Sinn haben - aber nur dort, wo das Ende der Subvention durch Marktfähigkeit nachgewiesen werden kann.

11. Sollen Energiesparmaßnahmen in Gebäuden (40% des Energieverbrauchs), ob öffentlich oder privat, Neubau oder Renovierung, durch Anreize wie steuerliche Maßnahmen gefördert werden oder erfordern auch sie eigens ein Regelwerk wie im Falle des Industriebauwerks? [PARA]Stellungnahme: Wenn überhaupt, so genügen steuerliche Anreize. Häuser leben nun mal fast hundert Jahre. Niemand reisst ein Haus weg, um es durch ein Energiesparhaus zu ersetzen, wenn er das nicht bezahlt bekommt.

12. Als Voraussetzung für Energieeinsparungen im Verkehrswesen (32% des Energieverbrauchs) muss bei den Güterverkehrsträgern die Unausgewogenheit zwischen dem wachsenden Straßenverkehr und dem rückläufigen Schienenverkehr korrigiert werden. Soll diese Unausgewogenheit fatalistisch hingenommen oder mit noch so unpopulären Maßnahmen korrigiert werden, insbesondere im Hinblick auf den vernünftigeren Einsatz von Kraftfahrzeugen im innerstädtischen Verkehr? Wie können die Öffnung für den Wettbewerb, Infrastrukturinvestitionen zur Beseitigung von Verkehrsengpässen und Intermodalität miteinander in Einklang gebracht werden? [PARA]Stellungnahme: Der Strassenverkehr ist Träger der Mobilität und so Teil unserer Freiheit. Schienenverkehr ist durch hohe Infrastruktur- und Umladekosten belastet und kann nur graduelle helfen. Er ist zu fördern, aber man darf sich davon keine Wunder versprechen.

13. Wie kann es gelingen, besser abgestimmte Konzepte zu entwickeln und die langfristige Dimension in die Planungen und Maßnahmen der Behörden und Unternehmen einzubeziehen, um der nachhaltigen Energieversorgung den Weg zu bahnen? Wie können die energiepolitischen Optionen der Zukunft vorbereitet werden? [PARA]Stellungnahme: Man sollte den Marktkräften nicht durch Überreglementierung im Weg stehen. Allenfalls Auswüchse sind zu erkennen und abzustellen. Eine sorgfältige Beobachtung und daraus folgende Beratung der Regierungen und Versorgungsunternehmen, allenfalls ein Bewertungsgremium nach Art der 5 Wirtschaftsweisen könnte helfen, aber nicht ein Dirigismus, der ja die tatsächlichen Entwicklungen auch nicht besser vorhersehen kann,

als die Wirtschaft.

14. Sonstige Fragen oder Vorschläge:[PARA]keine

Vielen Dank für die Beantwortung des Fragebogens.